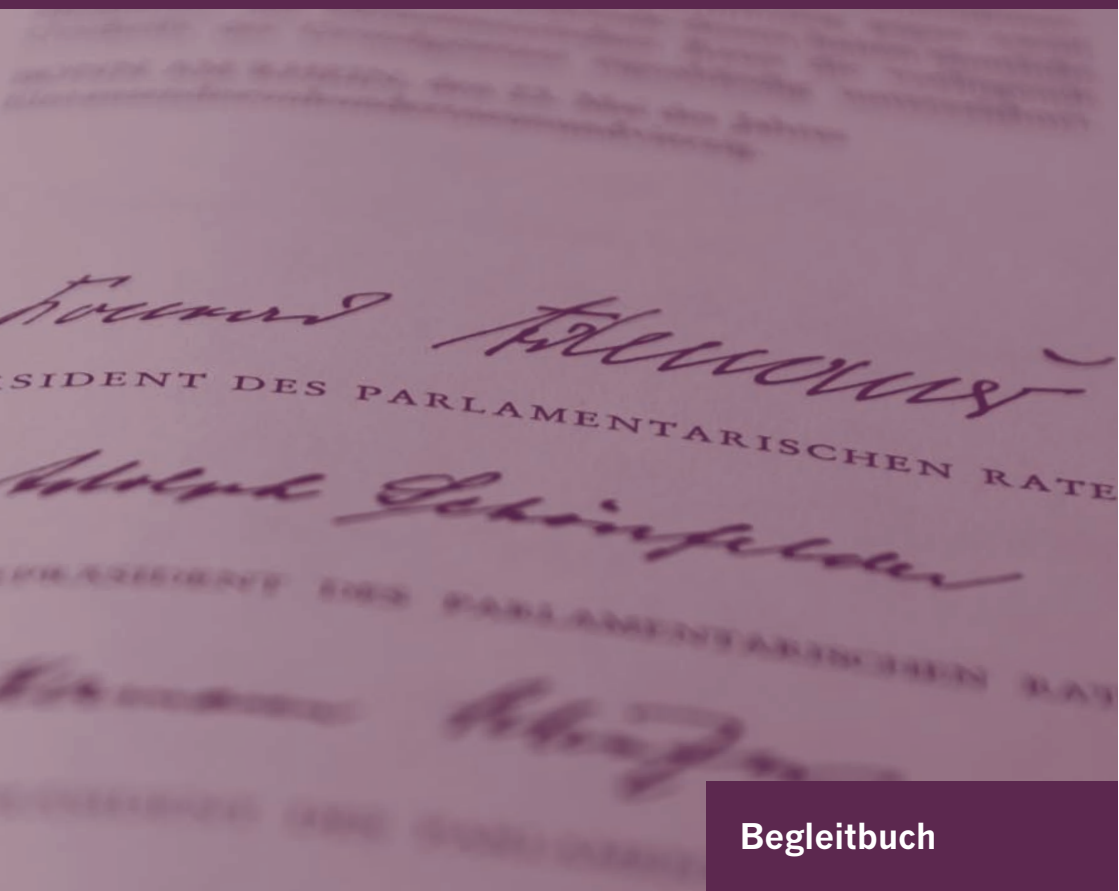




ZEIT AKADEMIE

# GESCHICHTE

Deutschland im 20. Jahrhundert



Begleitbuch

# VORWORT

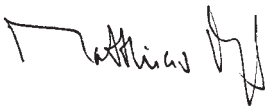
Das 20. Jahrhundert ist – zumindest in seiner ersten Hälfte – ein düsteres Kapitel der deutschen Geschichte. Zwei Weltkriege, NS-Diktatur und Holocaust zeugen von beispiellosem politischem und moralischem Versagen. Und doch ging das Jahrhundert für die Deutschen mit der Wiedervereinigung unverhofft glücklich zu Ende.

Das »kurze 20. Jahrhundert« – die Zeit vom Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 bis zur Wiedervereinigung 1989 – ist das Thema dieser Vorlesung der ZEIT Akademie. Es umfasst nicht weniger als fünf politische Systeme: Weimarer Republik, »Drittes Reich«, Besatzungszeit, DDR und »alte« Bundesrepublik. Hinzu kommen die letzten Jahre des Kaiserreichs und die ersten Jahre des wiedervereinigten Deutschlands. Ein gewaltiges Pensum!

Gab es den viel beschworenen deutschen »Sonderweg« überhaupt, der schließlich in der NS-Barbarei mündete? War die »Machtergreifung« Hitlers nicht eher eine Machtübertragung? Gab es die umstrittene »Stunde Null« 1945 vielleicht doch? War Konrad Adenauer in Wahrheit ein politischer Revolutionär?

Diesen Fragen geht Norbert Frei nach, Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Jena und einer der bedeutendsten deutschen Historiker der Gegenwart. Souverän spannt er den Bogen von der »Urkatastrophe« des 20. Jahrhunderts, dem Ersten Weltkrieg, bis zu Willy Brandts Versprechen, »mehr Demokratie wagen« zu wollen, von Hitlers »totalem Krieg« bis zum Mauerfall.

Ich freue mich über Ihr Interesse an dieser Geschichtsvorlesung und heiße Sie bei der ZEIT Akademie herzlich willkommen.



Matthias Naß  
Wissenschaftlicher Leiter der ZEIT Akademie

# ÜBER DIESES BUCH

In 14 Lerneinheiten erörtert Norbert Frei die Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert. Dieses Begleitbuch enthält die redaktionell leicht gekürzten Texte der Lektionen und ermöglicht es Ihnen damit, die Lerninhalte nachzuschlagen und zu rekapitulieren.

Die geschichtswissenschaftliche Literatur zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert füllt bekanntlich Bibliotheken und kann deshalb hier nicht näher nachgewiesen werden. Jedoch finden Sie zur ersten Orientierung am Ende eines jeden Kapitels einige weiterführende Leseempfehlungen. Im Zentrum stehen dabei auf Deutsch vorliegende Einführungs- oder Grundlagenwerke. Die mit \* markierten Werke sind für mehrere Lektionen oder längere Zeitabschnitte einschlägig, werden aber nur einmal genannt.

Haben Sie Fragen zu den Vorlesungen oder zu Themen der Geschichtswissenschaft, die wir in den einzelnen Lektionen nicht behandeln konnten? Dann besuchen Sie das Expertenforum auf der Website der ZEIT Akademie unter [www.zeitakademie.de](http://www.zeitakademie.de).

# INHALT

LEKTION 1 <b>EINFÜHRUNG: DER ERSTE WELTKRIEG UND DAS »KURZE« 20. JAHRHUNDERT</b>	<b>11</b>
<b>DIE REPUBLIK VON WEIMAR</b>	
LEKTION 2 <b>DIE REVOLUTION VON 1918/19</b>	<b>19</b>
LEKTION 3 <b>SCHWIERIGE NACHKRIEGSJAHRE</b>	<b>25</b>
LEKTION 4 <b>DIE »GOLDENEN ZWANZIGER«</b>	<b>31</b>
LEKTION 5 <b>FINALE KRISEN</b>	<b>37</b>
<b>DAS NATIONALSOZIALISTISCHE DEUTSCHLAND</b>	
LEKTION 6 <b>DER WEG IN DEN »FÜHRERSTAAT«</b>	<b>45</b>
LEKTION 7 <b>DIE »GUTEN JAHRE« VOR DEM KRIEG</b>	<b>51</b>

LEKTION 8 <b>»VOLKSGEMEINSCHAFT« UND VERBRECHEN</b>	<b>55</b>
LEKTION 9 <b>VERNICHTUNGSKRIEG</b>	<b>61</b>
LEKTION 10 <b>HOLOCAUST, WIDERSTAND, »ZUSAMMENBRUCH«</b>	<b>67</b>
<b>DAS GETEILTE DEUTSCHLAND</b>	
LEKTION 11 <b>DEUTSCHLAND NACH HITLER</b>	<b>73</b>
LEKTION 12 <b>DIE »LANGEN FÜNFZIGER«</b>	<b>81</b>
LEKTION 13 <b>GETEILTE JAHRZEHNTE</b>	<b>89</b>
LEKTION 14 <b>DIE REVOLUTION VON 1989/90</b>	<b>97</b>
BILDNACHWEISE ZUR DVD	<b>105</b>

# EINFÜHRUNG: DER ERSTE WELTKRIEG UND DAS »KURZE« 20. JAHRHUNDERT

- ▶ **Das »kurze 20. Jahrhundert«: Die Zeitspanne zwischen dem Ersten Weltkrieg und dem Ende der Teilung Europas.**
- ▶ **Der Erste Weltkrieg als »Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts«.**
- ▶ **Bezogen auf das »kurze 20. Jahrhundert« der Deutschen kann man sagen, dass der Krieg, den Hitler zwei Jahrzehnte später begann, eigentlich kein zweiter Weltkrieg war, sondern die Fortsetzung des ersten.**

»Das kurze 20. Jahrhundert« – mit diesem Schlagwort bezeichnen Historiker die Zeitspanne zwischen dem Ersten Weltkrieg und dem Ende der Teilung Europas.

Die pure zeitliche Maßeinheit eines Jahrzehnts oder eines Jahrhunderts besitzt wenig Erklärungskraft; historische Prozesse und Ereignisse pflegen sich nicht an runde Jahreszahlen zu halten. Periodisierung ist aber ein Hauptgeschäft der Historiker, und deshalb suchen sie nach Zeitpunkten oder Ereignissen, die sich sinnvoll aufeinander beziehen lassen.

Dass das 20. Jahrhundert mit einigem Grund als ein »kurzes« Jahrhundert begriffen werden kann, das hat sich augenscheinlich in seinem letzten Jahrzehnt ergeben – erst in seinem letzten Jahrzehnt, um genau zu sein.

Der Fall der Mauer 1989 und die darauf folgende Auflösung des sowjetischen Imperiums 1990/91 haben den beiden tiefen Zäsuren in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (also 1914/18 beziehungsweise 1945) eine dritte hinzugefügt – eine Zäsur im Übrigen, die für dieses Säkulum wohl niemand mehr erwartet hatte.

Plötzlich fügte sich zu großen Bögen, was eben noch zu unserer damaligen Gegenwart hin offene Deutungsangebote gewesen waren. Plötzlich schienen sich Deutungen der ersten Hälfte des Jahrhunderts (genauer gesagt: der Zeit bis 1945) in dessen zweite Hälfte zu verlängern – und dort ihren Abschluss zu finden. Ein paar dieser nach 1989/90 oder /91 plötzlich so aktuell gewordenen Deutungen seien genannt:

- Aus der Perspektive einer politischen Ideengeschichte der Moderne, die Faschismus und Kommunismus zusammensieht und sich in diesem Sinne der Totalitarismustheorie verpflichtet fühlt, konnte man jetzt das Ende der kommunistischen Diktaturen in Osteuropa auch als das *Ende des Zeitalters des Totalitarismus* betrachten – also jener Ideologie totaler Herrschaft, die diese Moderne erst hervorgebracht hatte.
- Aus der Perspektive einer *Politik- und Sozialgeschichte der Gewalt*, die das 20. Jahrhundert so sehr geprägt hatte, bot es sich an, die Zeit der beiden »heißen« Kriege stärker zusammenzusehen mit der Zeit ihres langen Nachlaufs im sogenannten Kalten Krieg, der die Gewalt überdies oft nur in Stellvertreterkriege an der Peripherie ausgelagert hatte.
- Aus *wirtschaftsgeschichtlicher* Perspektive konnte man argumentieren, dass der sowohl theoretisch als auch praktisch oft erbittert geführte Wettstreit zwischen Markt- und Planwirtschaft, zwischen Kapitalismus und Sozialismus, mit dem Zusammenbruch des realsozialistischen Wirtschaftsraums zu seinem Ende gekommen war.
- Aus der Perspektive einer nun wiederentdeckten *Geschichtsphilosophie* konnte man schließlich über ein »Ende der Geschichte« spekulieren, wie es vor allem der amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama getan hat. Mit Nachdruck unterstrichen wurde dabei der Triumph der liberalen Demokratie – und ein vermeintlich alternativlos gewordener Marktkapitalismus, der in ein gleichsam entzeitlichtes Stadium eingetreten sei.

Spätestens nach den Anschlägen vom 11. September 2001 war es mit solch hochfahrenden Deutungen vorbei; ja, es wurde sogleich gefragt, ob nicht erst jetzt das 20. Jahrhundert zu Ende gegangen sei – gewissermaßen in Anknüpfung an seine ins 19. Jahrhundert zurückreichende Geschichte ideologischer Gewalt.

Aber bleiben wir bei unserer Denkfigur eines »kurzen 20. Jahrhunderts« und bei den dafür maßgeblichen Zäsuren:

*1914/18 – Erster Weltkrieg*

*1945 – Ende des Zweiten Weltkriegs*

*1989/91 – Mauerfall und Ende der Sowjetunion*

Schon diese kleine Liste deutet darauf hin, dass sich sogar epochale Zäsuren eher selten auf ein einziges Datum, gar auf einen einzigen Tag fixieren lassen. Ob man die Zäsur des Ersten Weltkriegs auf den Kriegsbeginn am 1. August 1914 datiert oder auf das Ende des Krieges 1918 – oder auf die darin gleichsam einbeschlossene Russische Revolution von 1917 –, das hängt von der Perspektive des Betrachters ab.

Ähnliches gilt für die Zäsur von 1945, bei der es bereits einen kleinen Unterschied macht, ob man auf die westlichen Siegermächte oder auf die Sowjetunion blickt: Die einen datieren die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht auf den 8., die anderen auf den 9. Mai 1945. Beide Lesarten bleiben aber einer eurozentrischen Perspektive verhaftet, denn der Krieg in Südostasien endete bekanntlich erst mit der Kapitulation Japans am 2. September 1945 – nach dem Abwurf der Atombombe, von dem man zu Recht sagen kann, dass er seinerseits eine neue Ära begründete.

Dass schließlich die Zeitspanne zwischen der Maueröffnung in Berlin am 9. November 1989 und dem völkerrechtlichen Ende der Sowjetunion am 21. Dezember 1991 zwar eine ganze Serie wichtiger Einzeldaten umfasst, am Ende aber eher einen historischen Prozess markiert, das bedarf keiner umständlichen Erklärung: Je nach Temperament und Perspektive mag man diesen Prozess dann als den Bankrott des Kommunismus, als das Ende der bipolaren Welt oder als den Triumph des Westens bezeichnen.

Historische Periodisierungen haben selbst bei wirklich epochalen Zäsuren ihre Tücken. Bei genauerem Hinsehen wird sogar ein auf den ersten Blick so einleuchtendes Konzept wie das des »kurzen 20. Jahrhunderts« wieder fragwürdig. Zur Ehre seines Erfinders Eric Hobsbawm sei allerdings gesagt, dass es ihm nicht darum ging, eine starre Periodisierung einzuführen. Hobsbawm, bis dahin vor allem als Historiker des 19. Jahrhunderts bekannt, verwendete die Formel vom »kurzen 20. Jahrhundert« eher beiläufig. Sie korrespondiert



mit der Vorstellung eines »langen 19. Jahrhunderts«, das 1789 mit der Französischen Revolution begann und das im Sommer 1914 mit dem sprichwörtlich gewordenen »Verlöschen der Lichter in ganz Europa« endete.

Im deutschen Titel von Hobsbawms fulminantem Buch kommt das »kurze 20. Jahrhundert« bezeichnenderweise gar nicht vor, und im englischen Original rangiert der Begriff nur im Untertitel: *Age of Extremes. The Short Twentieth Century 1914–1991*. Viel wichtiger war es dem britischen Historiker, die Textur der Extreme herauszuarbeiten, denen man wie er als Zeitgenosse und Zeitzeuge des 20. Jahrhunderts begegnet war oder doch begegnen konnte. Mit dem gerade erlebten Ende der Sowjetunion – für ihn als bekennenden Marxisten war das von besonderer Bedeutung – hielt er dieses 20. Jahrhundert für historisierbar.

Hobsbawm war ein Meister darin, kräftige große Linien zu ziehen. Das demonstriert schon das Inhaltsverzeichnis seines Buches. Der erste Hauptteil zieht die Zeit der beiden Weltkriege unter dem Titel *Das Katastrophenzeitalter* unmittelbar zusammen, und die Überschrift des ersten Kapitels lautet *Das Zeitalter des totalen Krieges*.

In ähnlich einprägsamer Weise hat man die beiden Kriege miteinander verknüpft in dem Wort vom Zweiten Dreißigjährigen Krieg in Europa; Charles de Gaulle hat es wohl 1941 zuerst verwendet. Nach Raymond Aron, dem französischen Geschichtsphilosophen, haben so unterschiedliche Historiker wie Arno Mayer, Hans-Ulrich Wehler und Fritz Stern die Formulierung später aufgegriffen, und der *Spiegel* hat sie zum 90. Jahrestag des Kriegsbeginns 2004 popularisiert. Implizit rückt aber auch der Begriff der »Zwischenkriegszeit«, der in der deutschen Historiografie etwas aus der Mode gekommen ist, die beiden Kriege aufs Engste zusammen.

Doch es muss natürlich auch um Chronologie und Kausalitäten gehen. Hilfreich ist in diesem Kontext eine Begriffsbildung, die den Ersten Weltkrieg als »Urkatastrophe« des 20. Jahrhunderts versteht.

Mir scheint, der Begriff erlebt im Zeichen des 100. Jahrestages des Kriegsbeginns eine neue Konjunktur. Mehr oder weniger direkt geprägt hat ihn Anfang der siebziger Jahre der amerikanische Diplomat und Historiker

George F. Kennan. Er nämlich sprach vom Ersten Weltkrieg als der »*seminal catastrophe of our century*«. Das hat man dann als »Urkatastrophe« übersetzt.

Dass der Große Krieg die Katastrophe bringen werde, das hat kein Geringerer als Helmuth von Moltke prophezeit, der Chef des Großen Generalstabs. Am 28. Juli 1914, also am Tag der österreichischen Kriegserklärung an Serbien, schrieb Moltke an Reichskanzler von Bethmann Hollweg, der Krieg werde »die Kultur fast des ganzen Europa auf Jahrzehnte hinaus vernichten«.

Aber derselbe Moltke hatte seit dem Attentat von Sarajevo, bei dem der österreichisch-ungarische Thronfolger Franz Ferdinand und seine Frau ums Leben gekommen waren, zum Angriff gedrängt. Und schon von 1912 ist seine Formulierung überliefert: »je eher, desto besser«.

Die Verwirrung der Geister hatte in den letzten Vorkriegsjahren ganz Europa erfasst, und was in Deutschland alsbald nach Kriegsbeginn als »Augusterlebnis« gefeiert wurde, das hatte Entsprechungen in Frankreich und anderswo.

Inzwischen allerdings ist die historische Forschung dem damals in den Medien vermittelten Eindruck gründlich nachgegangen und hat die Bilder unter die Lupe genommen, wonach die Massen am 1. August 1914 begeistert die Hüte warfen und dann ebenso begeistert ins Feld zogen.

Dabei hat sich herausgestellt, dass es weniger die kleinen Leute als vielmehr die kulturellen Deutungseliten waren, die Geschmack an einem »nationalen Stahlbad« fanden, an der Vorstellung von der »völkischen Erneuerungskraft« des Krieges. Aber diese intellektuellen Fantasien, die den Idealen der Französischen Revolution die antiwestlichen und antidemokratischen »Ideen von 1914« entgegensetzten, klangen sehr bald schal. Und als sich die Hiobsbotschaften aus Frankreich verdichteten – die Nachrichten vom Massensterben an der technisch hochgerüsteten Front und von der verzweifelten Ausweglosigkeit des modernen Stellungskrieges –, da ließ doch die Bindekraft all der Parolen von »Burgfrieden« und »Volksgemeinschaft« spürbar nach.

Das galt umso mehr, als sich der Krieg mit großer Geschwindigkeit in einen neuartigen, nämlich in einen totalen Krieg verwandelte:

- mit gleichsam globalen Fronten zu Wasser, zu Lande und bald auch in der Luft,
- mit dem Einsatz von Giftgas,
- mit erbarmungslosen Materialschlachten, vor allem in Verdun,
- mit einem unbeschränktem U-Boot-Krieg,
- und mit dramatischen Folgen auch für die sogenannte Heimatfront.

Zwar hielten sich die militärischen Kriegsschäden im Reichsgebiet in Grenzen. Aber die Anstrengungen der totalen Kriegführung wirkten schon früh auch auf die Zivilbevölkerung zurück: in der Mobilisierung von Frauen, Schülern und Studenten als Arbeitskräfte in der Kriegswirtschaft, vor allem aber in der sich verschlechternden Lebensmittelversorgung.

Die Toten des Großen Krieges hat man mit 17 Millionen beziffert. Von den etwa 13,5 Millionen deutschen Soldaten blieben mehr als zwei Millionen auf den Schlachtfeldern. Die »gegenseitige Zerfleischung der europäischen Kulturstaaten«, von der Moltke 1914 gesprochen hatte – sie war vier Jahre später Realität geworden.

Was der preußisch-deutsche Größenwahn freilich nicht vorausgesehen hatte, das waren die harten Konsequenzen einer Niederlage. Schon die Verfeindung der Nationen, die Verrohung auch der Völker, machte die Vorstellung von einem dauerhaften Frieden ziemlich illusorisch. Mehr aber noch musste der ungestillte deutsche Expansionsdrang skeptisch stimmen, der gescheiterte »*Griff nach der Weltmacht*«, den der Historiker Fritz Fischer Anfang der sechziger Jahre gegen damals noch große Widerstände offenlegte.

In diesem Sinne – und bezogen auf das »Das kurze 20. Jahrhundert« der Deutschen – kann man sagen, dass der Krieg, den Hitler zwei Jahrzehnte später begann, eigentlich kein zweiter Weltkrieg war, sondern die Fortsetzung des ersten.

## LITERATUREMPFEHLUNGEN

**Volker Berghahn:** Der Erste Weltkrieg.  
München 2009.

**Dan Diner:** Das Jahrhundert verstehen. Eine universalhistorische Deutung.  
München 1999.

**Eric Hobsbawm:** Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts.  
München 1995.

**Andreas Wirsching:** Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert.  
München 2001.

## DER WEG IN DEN »FÜHRERSTAAT«

- ▶ **Hitlers Machtantritt am 30. Januar 1933: Machtübertragung statt Machtergreifung. Hitler war gewollt.**
- ▶ **Der Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 wurde zur Außerkraftsetzung der Grundrechte genutzt.**
- ▶ **Es folgten die Besiegelung der Einparteienherrschaft und die Formierung des »Führerstaates«.**

Dass Hitlers Machtantritt am 30. Januar 1933 einen epochalen Einschnitt bedeutete, daran ist im Rückblick kein Zweifel. Doch im Moment des Geschehens war das noch längst nicht so klar. Viele, gerade auch politisch gut informierte Zeitgenossen gaben sich relativ gelassen. Immerhin war es schon der vierte Kanzler, den Reichspräsident von Hindenburg innerhalb von nur acht Monaten präsentierte. Nach Brüning, von Papen und Schleicher nun also der Führer der Nationalsozialisten: Vor zehn Jahren hatte er schon einmal versucht, von München aus eine Diktatur zu errichten – und war kläglich gescheitert.

Aber Hitler hatte seit dem Marsch auf die Feldherrnhalle 1923 hinzugehört. Schon am Abend des 30. Januar deutete einiges darauf hin, dass an diesem Tag mehr passiert war als eine Auswechslung des Kanzlers. SA und Stahlhelm marschierten durch das Regierungsviertel, Hitler zeigte sich am Fenster der Reichskanzlei seinen jubelnden Anhängern, und Joseph Goebbels, der Berliner Gauleiter, sorgte als gewiefter Journalist für eine Livereportage im Rundfunk.

Die epochale Bedeutung des 30. Januar 1933 wurde von den meisten Zeitgenossen zunächst jedoch nicht erkannt. Das hing zum einen mit der langwierigen Vorgeschichte zusammen, die der Übertragung der Kanzlerschaft an Hitler vorausgegangen war. Zum andern ließen die wirklich weltgeschichtlichen Auswirkungen seiner Politik noch eine Weile auf sich warten.

Gleichwohl hat die zeitgeschichtliche Forschung den Umständen und dem Verlauf der nationalsozialistischen Machtübernahme intensiv nachgespürt. »Wie war es möglich?«, das war die bohrende, auch selbstkritisch gemeinte Frage in den fünfziger und sechziger Jahren. Aber diese Frage zielte nicht etwa auf Krieg und Holocaust, sondern auf »1933«: auf den Übergang von der Demokratie zur Diktatur.

Die »Machtergreifung« war ein klassisches Thema der frühen NS-Forschung. Ein damals heiß umstrittener Punkt war die Frage nach der »Legalität« der nationalsozialistischen Machtübernahme. Der Grund dafür war, dass die Nationalsozialisten selbst immer wieder von ihrer »legalen Revolution« gesprochen hatten. Historiker wie Karl Dietrich Bracher widersprachen dieser Deutung vehement. Dabei ging es ihnen vor allem darum, Möglichkeiten der Apologie auszuräumen. Besonders Hitlers vormalige konservative Bündnispartner versuchten ja nach dem Krieg, sich als von diesem getäuscht und betrogen darzustellen.

Doch die Zeit, in der Historiker solchen Ausreden begegneten, ist lange vorbei. So bleibt die nüchterne Feststellung: Hitler kam auf legalem Weg zur Macht, nämlich durch die Entscheidung Hindenburgs. Der war zwar alt, aber noch klar im Kopf – und wusste, was er tat.

Ebenso klar ist allerdings, dass sich Hitler auch nach dem 5. März 1933, nach den letzten »halbwegs freien Wahlen« – wie es floskelhaft, aber nicht falsch immer wieder heißt –, nur auf eine knappe absolute Mehrheit der Wähler stützen konnte. Fünf Wochen nach Beginn seiner Kanzlerschaft erreichten die Nationalsozialisten 43,9 Prozent, ihre Koalitionspartner kamen auf 8 Prozent.

Dieses Ergebnis bestätigte eigentlich nur: Aus eigener Kraft hatte es die Hitler-Bewegung nicht an die Macht geschafft – aller unbestreitbaren sozialen Dynamik zum Trotz, die sie verkörperte und die nach politischer Berücksichtigung verlangte. Konkret unterstrich das Wahlergebnis noch einmal die Verantwortung der alten Eliten, die Hitler die Macht übergeben hatten.

Es war also kein menschenleeres Verhängnis, das am 30. Januar 1933 seinen Lauf nahm, kein ominöses Schicksal, das Epoche machte, sondern es war die Entscheidung Hindenburgs und seiner Berater, der sogenannten

Hofkamarilla. Ihnen erschien der »böhmische Gefreite«, den Hindenburg schon mehrfach zurückgewiesen hatte, jetzt als der richtige Mann.

Die Regierungsbildung war das Ergebnis von Verhandlungen, an denen auch Alfred Hugenberg teilgenommen hatte, der Chef der Deutschnationalen Volkspartei, vor allem aber Franz von Papen, Brünings Nachfolger als Reichskanzler. Beide waren nun bereit, in ein Kabinett mit Hitler an der Spitze einzutreten.

Insofern ist es wirklich unzutreffend, den 30. Januar als den Tag einer *Machtergreifung* zu beschreiben. Hitler war gewollt. Viel eher sollte man deshalb von einer *Machtübertragung* sprechen.

Erklärtes Ziel der Koalition war die Befreiung der deutschen Politik vom »Marxismus«. Die Kommunisten sollten ausgeschaltet, die Sozialdemokraten und mit ihnen die Gewerkschaften zumindest jeder politischen Relevanz entledigt werden. Den Parlamentarismus hatte die reaktionäre Rechte satt. Es ging ihr um die Errichtung eines dauerhaften autoritären Präsidialregimes, um das Ende der 1918 etablierten Demokratie.

Nach dem 30. Januar folgte ein rasantes Wechselspiel aus diktatorischen Maßnahmen von oben und Terror von unten. Das verlieh diesem Prozess der Gleichschaltung und Selbstanpassung jene ungeheure Dynamik, die nur Wochen zuvor kaum jemand für möglich gehalten hatte.

Während die Öffentlichkeit einen hektischen Winterwahlkampf erlebte, wurden in Preußen die Weichen gestellt für die nationalsozialistische Penetration und Usurpation der inneren Verwaltung. Der rigorose Regisseur dieses Vorgangs hieß Hermann Göring. Sein sogenannter Schießerlass vom 17. Februar wies die Polizeibeamten an, »dem Treiben staatsfeindlicher Organisationen mit den schärfsten Mitteln entgegenzutreten [...] und, wenn nötig, rücksichtslos von der Waffe Gebrauch zu machen«.

Als dann am 27. Februar der Reichstag brannte, war das politische Schicksal der Kommunisten besiegelt. Jetzt bestand noch vor der Wahl ein vermeintlich legitimer Anlass zu einem umfassenden Schlag gegen die KPD.

Bereits am Nachmittag des 28. Februar verabschiedete das Kabinett eine Verordnung »Zum Schutz von Volk und Staat«. Unter Berufung auf den Artikel 48 der Weimarer Verfassung traten damit die Grundrechte außer Kraft. Dieser unerklärte Ausnahmezustand blieb bis zum Ende des Regimes bestehen. Ernst Fraenkel, der hellsichtige Analytiker des »Doppelstaates«, nannte die Reichstagsbrandverordnung deshalb auch die »Verfassungsurkunde« des »Dritten Reiches«.

Bei der Wahl eine Woche später stimmten insgesamt rund 17,3 Millionen Deutsche für Hitler. Das war kein berauschendes Ergebnis. Aber danach beschleunigte sich der Verfall des politisch-kulturellen Selbstbewusstseins in den bedrängten gegnerischen Milieus. Der »Faschisierung des öffentlichen Lebens«, die bereits Anfang der dreißiger Jahre mit der Verdrängung der SPD aus der Regierungsverantwortung eingesetzt hatte, hielten nun immer weniger stand.

Politisch-strukturell vollzog sich die Formierung des Führerstaates jetzt vor allem auf drei Ebenen:

- auf der Ebene der deutschen Länder, die unmittelbar nach der Märzwahl 1933 »erobert« wurden – hier trifft der Begriff der »Gleichschaltung« wirklich zu;
- auf der Ebene der Wirtschaft, und zwar einerseits durch die politische Ausschaltung der Arbeiterbewegung und andererseits durch die Neubestimmung des Verhältnisses von Kapital, Arbeit und Politik;
- auf der Ebene der Parteien, wo der Monopolisierungsprozess mit dem Verbot der KPD keineswegs schon abgeschlossen war, sondern eigentlich erst einsetzte.

Der neue Reichstag nahm am 23. März 1933 das Ermächtigungsgesetz an. Für die SPD hielt der Vorsitzende Otto Wels eine mutige Rede, in der er begründete, warum seine Fraktion – sie war bereits deutlich dezimiert – das »Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich« ablehnte. Alle anderen Parteien billigten, dass die Regierung von nun an sogar verfassungsändernde Gesetze ohne den Reichstag erlassen konnte.

Die frühe zeitgeschichtliche Forschung hat dem Ermächtigungsgesetz einen sehr hohen Stellenwert eingeräumt. Das reflektierte nicht zuletzt die Erinnerung der Zeitgenossen: das Gefühl der Bedrohung, auch die Scham



über das eigene Versagen – so etwa bei Theodor Heuss, dem späteren Bundespräsidenten, der als Abgeordneter der liberalen DDP ebenfalls zugestimmt hatte. Auf dem Weg in den Führerstaat tatsächlich wichtiger war jedoch die Reichstagsbrandverordnung.

Eine ähnliche Diskrepanz zwischen der damaligen Wahrnehmung der Menschen und der faktischen Bedeutung des Ereignisses gilt für den Auftritt Hindenburgs und Hitlers in der Garnisonkirche zwei Tage zuvor. Weitaus wichtiger als der Anlass – nämlich die Eröffnung des Reichstags – war die symbolische Botschaft des Tages: das »alte« und das »junge« Deutschland friedlich vereint am Grabe Friedrichs des Großen. Der greise Historiker Friedrich Meinecke nannte das nach dem Krieg eine »Rührkomödie«, und das war es natürlich auch. Doch die Inszenierung verfehlte ihre Wirkung nicht. Der Tag von Potsdam sprach gezielt das preußische Bürgertum an und viele, die im Herzen Monarchisten geblieben waren.

Die innere Unfähigkeit der bürgerlichen Parteien, dem Sog der nationalsozialistischen Formierungspolitik etwas entgegenzusetzen, war durch ihre Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz so offenkundig geworden, dass Weiterungen nicht ausbleiben konnten. Allen, vom Zentrum bis zu den Deutschnationalen, liefen im Frühjahr 1933 in Scharen die Anhänger davon; aus Enttäuschung, aus Angst vor Repressalien, oft aber auch, um die Mitgliedschaft bei der NSDAP zu beantragen.

Der Druck der braunen Basis verstärkte diesen Auflösungsprozess, der mittlerweile auch die SPD erfasst hatte, obwohl sie als klassische Milieupartei als besonders gefestigt galt. Nach der Aktion gegen die Freien Gewerkschaften am 2. Mai war man in der SPD-Führung uneins, was die Sozialdemokratie auf mittlere Sicht zu erwarten hatte. Offenkundig wurde der Streit um die richtige Strategie durch die Einberufung des Reichstags für den 17. Mai. Soweit nicht im Exil oder im KZ, nahmen die SPD-Abgeordneten an der Sitzung teil, in der sich Hitler überraschend zum Lebensrecht aller Völker und zu einer friedlichen Vertragspolitik bekannte. Als sich das Parlament dann zum Zeichen der Zustimmung zu dieser Rede erhob, versagte sich niemand der effektvollen Geste. Deutschland, so konnte es scheinen, stand loyal und einig hinter Hitler.

An diesem Eindruck machte sich die Kritik der emigrierten Mitglieder des Parteivorstands fest, und am 18. Juni erschien in Prag die Erstaussgabe des *Neuen Vorwärts* mit einem Aufruf zum Sturz des Hitler-Regimes. Damit besaß Innenminister Frick einen willkommenen Anlass, die SPD unter Hinweis auf die Reichstagsbrandverordnung zur »volks- und staatsfeindlichen Organisation« zu erklären. Am 22. Juni 1933 war die letzte Institution der deutschen Linken auf dem Verordnungswege beseitigt.

Aufseiten der bürgerlichen Parteien sah es noch trostloser aus: Sie hatten mit der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz ihre Existenzberechtigung längst dementiert und lösten sich nun der Reihe nach auf.

Vom undramatischen Ende des Parteienstaates schien selbst Hitler überrascht. »Wir stehen in der langsamen Vollendung des totalen Staates«, kommentierte er die Ereignisse der letzten Tage in einer Konferenz mit den Reichsstatthaltern am 6. Juli. »Den Mitgliedern der verschwundenen Parteien«, so der »Führer« in realistischer Einschätzung der Lage, sei »keine besondere Aktivität zuzutrauen«. Dennoch lag schon zur nächsten Kabinettsitzung ein »Gesetz gegen die Neubildung von Parteien« vor. Danach wurde künftig als »Hoch- und Landesverräter« bestraft, wer es unternähme, eine Partei aufrechtzuerhalten oder neu zu bilden. Hitlers Einparteienherrschaft war besiegelt.

## LITERATUREMPFEHLUNGEN

**Karl Dietrich Bracher/Wolfgang Sauer/Gerhard Schulz:**

Die nationalsozialistische Machtergreifung.  
Köln 1960.

**Martin Broszat:** Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung. München 1969.

\* **Norbert Frei:** Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933–1945. München 1987.

\* **Ian Kershaw:** Hitler. 2 Bde.  
München 1998, 2000.

## ZUR PERSON



### **Prof. Dr. Norbert Frei**

Studium der Neueren Geschichte und der Politik- und Kommunikationswissenschaft sowie Redakteursausbildung an der Deutschen Journalistenschule in München, Promotion an der Ludwig-Maximilians-Universität München

- |           |   |
|-----------|---|
| 1979–1997 | Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte in München                          |
| 1997–2005 | Inhaber des Lehrstuhls für Neuere und Neueste Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum             |
| Seit 2005 | Inhaber des Lehrstuhls für Neuere und Neueste Geschichte an der Friedrich-Schiller-Universität Jena |
| Seit 2006 | Leiter des Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts  |
| 2010/11   | Theodor-Heuss-Professor an der New School for Social Research, New York                             |
| Seit 2011 | Ordentliches Mitglied der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig                        |

### **Werke (Auswahl)**

- »Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933 bis 1945«, 2013
- »Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit«, 2012
- »1968. Jugendrevolte und globaler Protest«, 2008
- »1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewußtsein der Deutschen«, 2005

## ZUR PERSON



### **Matthias Naß**

Studium der Geschichte, Sinologie und Politikwissenschaft an den Universitäten Göttingen, Hawaii und Hamburg

- |           |   |
|-----------|---|
| 1978–1982 | Geschäftsführer der Deutschen Gesellschaft für Asienkunde. Mitbegründer der Zeitschrift »Asien« |
| 1982/83   | Hamburger Journalistenschule (Henri-Nannen-Schule)  |
| 1983–1994 | Redakteur der ZEIT  |
| 1994–1998 | Redaktionsdirektor der ZEIT   |
| 1998–2010 | Stellvertretender Chefredakteur der ZEIT  |
| Seit 2011 | Internationaler Korrespondent der ZEIT  |

Herausgeber von »Mein Deutschland. Eine andere Geschichte des Bundesrepublik« (gemeinsam mit Hanns-Bruno Kammertöns), 2009

Gesprächsmoderation: Helmut Schmidt, »Ein letzter Besuch. Begegnungen mit der Weltmacht China«, 2013



# ZEIT AKADEMIE

Im Seminar »Geschichte« der ZEIT Akademie zeichnet der Historiker Prof. Dr. Norbert Frei die Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert nach – vom Ersten Weltkrieg bis zur Wiedervereinigung. Der ausgewiesene Experte für die jüngere deutsche Geschichte präsentiert einen breiten Blick auf die Weimarer Republik, die NS-Diktatur und das geteilte Deutschland. Seine Vorträge sind reich an spannenden Hintergründen und Fakten. Norbert Frei ist Inhaber des Lehrstuhls für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Jena und einer der bedeutendsten deutschen Historiker der Gegenwart. Im Anschluss an jede Lektion vertieft Matthias Naß, ZEIT-Redakteur und wissenschaftlicher Leiter der ZEIT Akademie, die Inhalte der Vorlesung im Gespräch mit Professor Frei und fragt nach.



Prof. Dr. Norbert Frei

Matthias Naß, ZEIT-Redakteur